

„Die Gesundheitspolitik bleibt

Vor einem Jahr wurde die FPÖ in der Steiermark zur stimmenstärksten Partei. Mario Kunasek führt seitdem die Landesregierung an, wodurch nicht alles himmelblau ist. Sein Regierungspartner ÖVP muss aber aufpassen, nicht einer schwarzen Zukunft entgegenzusehen.

1 Für Regierungsbilanzen stellt sich jeder eine sehr einfache Frage: Geht es mir sozial und wirtschaftlich besser oder schlechter als im Vorjahr? Die Antwort ist keine volkswirtschaftliche Analyse, sondern ein persönliches Gefühl. Sieht die Mehrheit eine Verbesserung der eigenen Lebenssituation, gilt die Regierung als gut. Wird mehrheitlich eine Verschlechterung empfunden, dass man sich immer weniger leisten kann und die Zukunft unsicher ist, schadet das den Regierungsparteien.

2 In der Steiermark hat laut Umfragen die FPÖ seit der Landtagswahl 2024 von rund 35 in Richtung 40 Prozent weiter zugelegt. Die Volkspartei jedoch fällt als Koalitionspartner von knapp 27 auf klar unter 25 Prozent. Warum das? Das hat mit der Bundespolitik zu tun. Dort betreiben Herbert Kickl & Co Fundamentalopposition, so dass man als FPÖ nach dem Gewinn des Landeshauptmannsessels das Image „Gegen die da oben!“ beibehalten kann.

3 Mario Kunasek sollte aber nicht mit Kickl um die Wette schimpfen. Er ist genauso ein Regierender. Als solcher muss er für eine bestmögliche Politik mit der Bundesregierung zusammenarbeiten. Kunasek und seine Partei werden gleichfalls daran gemessen, ob sie das Leben in der Steiermark besser machen. Oder schlechter, schwieriger und sorgenvoller.



PROF. PETER FILZMAIER

Filzmaier analysiert

Peter Filzmaier ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität für Weiterbildung Krems und der Karl-Franzens-Universität Graz.

4 Das ist noch offen. 2024 gewannen die Freiheitlichen aus der Oppositionsrolle die Wahl, weil sehr viele Wähler die Entwicklung der Steiermark als negativ empfanden. Von 2025 bis zur nächsten Wahl 2029 muss Kunasek diese Stimmungslage umdrehen, doch ist bisher kein echter Zukunftsoptimismus entstanden.

5 Was auch klar ist: Die ÖVP hat in der Landtagswahl 2024 – nach Studien die damals größte Wählerwanderung – über 50.000 Stimmen an die FPÖ verloren. Als deren Juniorpartner holt sie kaum jemand zurück. Sind diese Wähler mit der Landesregierung zufrieden, so bleiben sie nämlich bei der Partei des Landeshauptmanns. Der ist aber nicht mehr von der ÖVP. Ist man unzufrieden, so findet ein Wechsel zur Opposition oder ins Nichtwählerlager – und eben nicht zum kleineren Regierungspartner ÖVP statt.

6 So oder so bleibt für die ÖVP der Schwarze Peter, den sie vor allem in der Gesundheitspolitik hat. Landesrat Karlheinz Kornhäusl muss – gegen seine eigene Überzeugung als unbestrittener Experte – den Plan eines Leitspitals im Bezirk Liezen rückabwickeln. Somit gerät er zwischen alle Fronten. Spitalsgegner zeigen ihm den „Atsch-Stinkefinger“. Befürworter des Spitals sind auch sauer. Kornhäusls Parteifreund Roland Raninger hat sogar seinen Rücktritt als Bürgermeister von Stainach-Pürgg angekündigt.

7 Manuela Khom als neue Vorsitzende der ÖVP muss aufpassen, nicht in diesen Strudel der gesundheitspolitischen Unzufriedenheit hineingezogen zu werden. Die FPÖ navigiert da geschickt und unfair zugleich. Man lässt den Koalitionspartner nicht allein im Regen stehen, schickt jedoch von Klubobmann Triller abwärts nur die zweite Reihe an die Kommunikationsfront. Letztlich aber geht es ums Geld, weil das Bundesland Steiermark nicht nur beim Thema Gesundheit große Budgetprobleme hat.

8 Deshalb hat die FPÖ in der Regierung ebenfalls keine Vorzeigeprojekte. Bei diesem Satz bekommen Politiker der Partei vermutlich Schnappatmung und würden protestieren, dass man ja Kopftücher im Landesdienst abgeschafft, ein



Bettelverbot eingeführt, die Landeshymne geändert und neue Regeln für geschlechtergerechte Sprache eingeführt habe. Und so weiter und so fort. Hand auf das Herz: Ganz egal, ob man es nun Symbolpolitik oder anders nennt, dadurch wird nicht die Zukunft der Steiermark entschieden.

für die ÖVP der Schwarze Peter“



Die blau-schwarze Landesregierung: Hannes Amesbauer, Simone Schmidtbauer, Stefan Hermann, LH-Stellvertreterin Manuela Khom, Landeshauptmann Mario Kunasek, Willibald Ehrenhöfer, Claudia Holzer und Karlheinz Kornhäusl (von links).

Foto: Christian Jauschowitz

9 Die genannten Politikbeispiele haben für Landeshauptmann Kunasek trotzdem einen großen Vorteil: Bei ihnen stimmt die Kosten-Nutzen-Rechnung hinsichtlich der öffentlichen Aufmerksamkeit und Wirkung. Diese ist groß, obwohl man für all das praktisch kei-

nen Cent ausgeben muss. Die Anhänger der Freiheitlichen sind zufrieden, obwohl in der Realität freilich niemals Scharen von Landesbediensteten mit Kopftuch und Schleier herumgelaufen sind. Doch das lenkt dennoch von der Gretchenfrage des Budgets ab.

10 Muss gespart werden, führt das zur Schlüsselfrage der Reformen. Solche sind nur möglich, wenn sich in der Kompetenzverteilung von Bund, Ländern und Gemeinden – also wer für was zuständig ist – etwas ändert. Sollen Bundesländer die Verantwortung für Spitäler

an die Bundesregierung abtreten? Wer soll im Gegenzug für die Schulen und das Bildungssystem verantwortlich sein? Sollte gar die Steiermark eigene Steuern einheben? Vor solchen Grundsatzentscheidungen haben sich Blau und Schwarz bisher gekniet gedrückt.